

Haushaltsrede der SPD-Fraktion Bergneustadt zum Haushalt 2024

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrtes Ratskollegium und sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir besprechen heute zum Frühlingsbeginn den Haushalt 2024, den wir bereits im Herbst 2023 im Rat hätten beraten und beschließen sollen. Das ist ungewöhnlich. Wie kommt es dazu?

Der Bürgermeister und die Verwaltung hatten bis zuletzt auf „ein Wunder aus Düsseldorf“ gehofft und darauf, dass die schwarze-grüne Landesregierung endlich ihren großen Worten auch Taten folgen lässt und den Kommunen in ihrer katastrophalen Finanzlage hilft.

Das Wunder aus Düsseldorf ist leider ausgeblieben. Anstatt die Kommunen wirtschaftlich zu unterstützen, hat die Landesregierung wieder nur in die finanzpolitische Zauberkiste gegriffen und den Kommunen neue Haushaltstricks präsentiert, damit gesetzeskonforme Haushalte überhaupt beschlossen werden können. Das Wort „gesetzeskonform“ muss betont werden, denn wirtschaftskonform und finanzpolitisch nachhaltig ist Haushaltspolitik in NRW schon lange nicht mehr.

Zuerst wurden die Kommunen von der Landesregierung mit dem Corona-Ukraine-Isolierungsgesetz gedrängt, Erträge zu erfinden, die nicht existieren, um sie dann über Abschreibungen 50 Jahre lang stückweise abzuarbeiten. Die zukünftigen Haushalte in Bergneustadt werden allein durch diese Maßnahme mit insgesamt 6,4 Mio.€ belastet werden. Das sind 128.000€ Mehrkosten und umgerechnet etwa 21 Grundsteuerpunkte pro Jahr.

Nun wird den Kommunen die Möglichkeit eingeräumt, Kosten zu verstecken. Durch den sogenannten „globalen Minderaufwand“, nach Neuregelung nun 2%, werden Kosten künstlich runtergerechnet, damit städtische Haushalte überhaupt gesetzeskonform beschlossen werden können. Dazu gibt es noch das Instrument der Verlustvorträge, die wir in den Haushalt einbauen sollen, damit Verluste verschoben werden können, in der Hoffnung, dass sie sich in Wohlgefallen auflösen. Alle diese Vorgänge haben eins gemeinsam: es gibt kein Geld vom Land, sondern nur Haushaltskosmetik. Erträge werden erfunden und Kosten werden versteckt. Die desaströse Haushaltslage der Kommunen in NRW wieder einmal wird nur beschönigt, anstatt die strukturelle Finanzproblematik endlich zu lösen.

Wie sehen die Zahlen für Bergneustadt 2024 aus?

Wir werden laut Haushaltsdaten das Jahr 2024 mit einem Verlust von 1,2 Mio. € abschließen. Unser Eigenkapital wird ab 2027 wieder negativ sein. Die Stadt ist also perspektivisch wieder in einem Zustand der Überschuldung und das trotz guter Gewerbesteuerentwicklung und jahrelanger Sparbemühungen.

Auf Landesebene wird dagegen nicht gespart. Hier werden bei den Landesministerien sogar Schattenhaushalte in Milliardenhöhe geführt. Diese „Selbstbewirtschaftungsmittel“ werden nun verwendet, um Haushaltslöcher zu stopfen.

Gleichzeitig behauptet die Landesregierung, dass Kommunen Gestaltungsmöglichkeiten bei der Grundsteuer und Gewerbesteuer hätten, um ihre Haushalte in Ordnung zu bringen und würden eigenständig über die finanziellen Auswirkungen für ihre Bürger entscheiden.

Um es klar zu sagen: diese Möglichkeit haben wir nicht. Die Kommunen sind am Ende der finanzpolitischen Nahrungskette und können sich letztlich nur an Entscheidungen des Bundes, der Länder und der Kreise anpassen. Eine kommunale Selbstständigkeit, wie in Artikel 28 GG vorgesehen, gibt es schon längst nicht mehr. Bund, Land und Kreis belasten unsere Stadt mit Aufgaben, geben uns aber nicht die finanziellen Mittel zur Bewältigung dieser Aufgaben.

Wie sieht es beim Kreis aus?

Auf Kreisebene wird, trotz deutlicher Kritik, weiter ein neues Kreishaus geplant. Mittlerweile stehen sogar drohende Kosten von 200 Millionen € im Raum. Zur Finanzierung bedient sich der Kreis rücksichtslos bei den Kommunen. Mittlerweile kritisieren ja schon Bürgermeister der CDU mit Recht die Haushaltspolitik der CDU im Kreistag.

Die Kreisumlage bleibt mit gut 22,3 Millionen € der mit Abstand größte Aufwandsposten in unserem Haushalt und die Kreismehrheit aus CDU, FDP und UWG sorgt dafür, dass das auch so bleibt. Allein die Kreisumlage nimmt in etwa unsere gesamten Steuereinnahmen in Bergneustadt in Anspruch.

Welche Faktoren beeinflussen die Haushaltslage der Stadt noch? Hier sind die Tarifabschlüsse zu nennen, die den Personalaufwand um 11% haben steigen lassen, das gestiegene Zinsniveau treibt die Finanzierungskosten der Neuverschuldung hoch und deutlich steigende Kosten bei der Bereitstellung von Schulen belasten den Haushalt ebenfalls. Der Kämmerer hat die Zahlen in seiner Haushaltsrede im November des vergangenen Jahres im Detail vorgestellt.

Was sagt uns die ganze Situation? Die Lage sagt uns, dass wir als Kommunen nicht in der Lage sind, unser eigenes finanzpolitisches Schicksal zu beeinflussen. Wir Kommunalpolitiker dürfen jedoch regelmäßig die Verantwortung für Entscheidungen übernehmen, die wir nicht selber getroffen haben.

Was ist zu tun?

Die Aufgaben für den Bund, die Länder und Städte sind gigantisch. Wir haben einen Berg an öffentlichen Aufgaben vor uns, um Stadt, Land, Bund fit für die Zukunft zu machen. Gleichzeitig fehlt es an der finanziellen Ausstattung der öffentlichen Hand, um diese Aufgaben zu bewältigen. Der Weg geht nur über höhere Steuern für Reiche oder steigende Schulden. Höhere Steuern für Reiche machen CDU und FDP nicht mit und eine Reform der Schuldenbremse wird verweigert. Das Ergebnis dieser fatalen Politik ist eine Verarmung des Gemeinwesens und eine marode Infrastruktur.

Wenn wir jetzt aber nicht viel Geld in die Hand nehmen, um Wirtschaft und Infrastruktur klimaneutral und zukunftsfähig zu machen, werden wir das am Ende teuer bezahlen.

Es hat sich noch nie ein Gemeinwesen aus einer Krise herausgespart. Das gilt für den Bund, das gilt für das Land und mit Sicherheit ganz besonders für unsere Stadt.

Unsere Stadt hat in den letzten 20 Jahren gut 2000 Einwohner und damit etwa 10 % seiner Bevölkerung verloren. Wir müssen dafür sorgen, dass wir als Stadt wieder wachsen.

Es ist daher richtig, dass wir als Rat Wohnmöglichkeiten für Neubürger schaffen. Hier sind die Baugebiete Wiebusch auf dem Hackenberg und Wiedenest-Süd zu nennen. Wir als SPD stehen fest zu diesen Projekten und befürworten, dass wir weitere Projekte anpacken, damit wieder mehr Menschen in Bergneustadt ihre Heimat finden. Unser Ziel muss es sein, dass wir perspektivisch wieder auf 20.000 + Einwohner kommen, denn die Bevölkerungsentwicklung gehört auch zur Diskussion zur Grundsteuerbelastung dazu. Je mehr Menschen sich die Infrastruktur einer Stadt teilen, desto günstiger ist die Kostenbelastung pro Einwohner.

Umso bedauerlicher ist es, dass wir den Ausbau der Grundschulstandorte temporär auf Eis legen müssen. Die Haushaltslage und die gestiegenen Baukosten haben diesen schweren Schritt erzwungen. Der Bedarf für diese Projekte wird sich jedoch zeigen, denn wer Wohngebiete plant, muss gleichzeitig Schulen und Kindergärten planen.

Ein Ausbau der Grundschulstandorte auf dem Hackenberg und in Wiedenest bleibt für uns deshalb ein wichtiges Ziel der Schulpolitik in Bergneustadt. Wir brauchen eine erstklassige ortsnahe Beschulung, um für junge Familien ein attraktiver Wohnort zu sein.

Ebenso ist es wichtig, dass wir weiter viel Geld in die Hand nehmen, damit unsere Schulen eine erstklassige Ausstattung bekommen. Wir haben uns als SPD in der Vergangenheit immer stark für unsere Schulen eingesetzt und werden das auch weiter tun. Die Schulbudgets wurden erhöht und die Naturwissenschaften an Realschule und Gymnasium wurden deutlich unterstützt. Wir wären hier gerne noch deutlich weitergegangen, als die Kollegen im Rat. Wir bleiben auch weiter regelmäßig mit den Schulen im Gespräch, damit die Bedürfnisse der Schulgemeinschaft in Bergneustadt Gehör in der Politik finden und auf Worte auch Taten folgen.

Die Entwicklung der Gewerbegebiete Schlöten und Dreiert haben für uns als SPD höchste Priorität, denn starke Unternehmen sind die Grundlage für einen Aufschwung in Bergneustadt.

Wir werden ein kommunales Ärztehaus in Bergneustadt gründen müssen, um den absehbaren Ärztemangel in Zukunft in Grenzen halten zu können. Die ärztliche Versorgung ist keine rein privatwirtschaftliche Aufgabe, sondern Bestandteil der Daseinsvorsorge und der Politik. Wenn sich ein Mangel in der medizinischen Versorgung abzeichnet, darf die Politik nicht schweigen. Wir als SPD haben hier den Vorschlag eines kommunalen Ärztehauses gemacht und wir werben weiter für die Unterstützung für diese Idee.

Wir haben uns gemeinsam auf den Weg gemacht, die Idee der kommunalen Stadtwerke zu prüfen. Hier haben sich alle Fraktionen des Rates mit der Idee beschäftigt und bislang war die Diskussion konstruktiv und an der Sache orientiert. Es ist zu wünschen, dass es so bleibt und wir uns im Rat bald mit der konkreten Umsetzung dieser zukunftsweisenden Idee beschäftigen.

Es deutet sich jedoch an, dass die CDU dieses bedeutende Projekt nicht weiter wird unterstützen wollen. In der HFA-Sitzung am Montag hat die CDU bereits einen Antrag durchgebracht eingeplante Gelder für wichtige Beratungsleistungen zu kürzen. Wieder einmal würde ein wichtiges Zukunftsprojekt für Bergneustadt von der CDU nicht gesehen.



Energie ist der Wohlstand des 21. Jahrhunderts. Kommunen, die hier dabei sind, werden für ihre Bürger günstigere Preise und für die kommunale Gemeinschaft Gewinne erwirtschaften. Diese Chance dürfen wir uns als Stadt nicht entgehen lassen.

Wir werden heute nun den Haushalt und einen wieder erhöhten Grundsteuersatz B beschließen müssen. Eine Mehrheit von schwarz, gelb und UWG hatte vor zwei Jahren mit dem Bürgermeister gegen die deutliche Warnung des Kämmerers den Steuersatz auf 895 Punkte gesenkt. Die Ratskollegen der genannten Fraktionen haben damals gezielt den Eindruck bei der Bürgerschaft erzeugt, dass die Stadt in einer Situation sei, sich eine solche Steuerentlastung leisten zu können. Um es klar zu sagen: In dieser Situation waren wir damals nicht und es war absehbar, dass die Steuer kurzfristig wieder wird steigen müssen. So ist es nun auch eingetreten, denn die Grundlage dieser Entscheidung waren durch Luftbuchungen beschönigte Zahlen, die die wirtschaftliche Realität unserer Stadt ignoriert haben.

Was hat diese Steuersenkung eigentlich erreicht? Dieses symbolpolitische Strohfeuer hat dem einzelnen Bürger wenig genutzt, aber die Stadt eine dreiviertel Million € gekostet. Dieses Geld hätten wir besser investiert, denn wir brauchen keine kurzfristigen steuerpolitischen Strohfeuer, sondern einen langfristigen Plan zur wirtschaftlichen Gesundung der Stadt.

Dieser Schritt hat dazu beigetragen, dass die Handlungsfähigkeit der Stadt nun gefährdet ist. Nur wenn wir einen genehmigten Haushalt haben, können wir noch freiwillige Ausgaben finanzieren. Ohne einen genehmigten Haushalt würden sich folgende Fragen stellen: Wie sieht es mit der Unterstützung des Freibades aus? Wie sieht es mit der Musikschule aus? Wie sieht es mit der Bücherei aus? Was würde eine solche Situation für unsere gerade erst einstimmig beschlossene Unterstützung für die Freiwillige Feuerwehr bedeuten? Viele wichtige Aufgaben wären in Gefahr, wenn wir keinen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen.

Wir entscheiden heute formal über den Haushalt, aber eben im Kern über die politische Handlungsfähigkeit unserer Stadt. Das ist die Verantwortung, der wir uns heute stellen müssen. Um sich die politische Handlungsfähigkeit der Stadt zu bewahren, wird die SPD dem Haushalt zustimmen.

Wir danken dem Kämmerer, Herrn Bernd Knabe mit seinen Mitarbeitern für die Erstellung des Haushalts. Da dies der letzte Haushalt von Herrn Knabe ist, wünschen wir ihm schon heute für seine Zukunft alles Gute.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!